

Mitschrift der Sitzung des Schulausschusses vom 08.11.2022

Tagesordnung

Für den Stadtelternrat anwesend: Frauke van Geuns

TOP 1 – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Erfolgt.

TOP 2 – Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Erfolgt.

TOP 3 – Genehmigung des Protokolls Nr. 05/22 (öffentlicher Teil) vom 04.10.2022

Erfolgt.

TOP 4- Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

TOP 5 – Sachstand: Coronaschutzmaßnahmen in der Schullandschaft – mündlicher Bericht

Kein neuer Sachstand. Wird als ständiger TOP von der Tagesordnung genommen. Bei Änderungen wird die Verwaltung proaktiv berichten.

TOP 6 – Sachstand: Beschulung geflüchteter Schülerinnen und Schüler – mündlicher Bericht

Herr Welp führt aus, dass dieses Thema die Verwaltung zunehmend bewegt, denn es wird von Woche zu Woche schwerer, Aufnahmen sicherzustellen. An Grundschulen gibt es noch die Möglichkeit, weitere Kinder aufzunehmen, aber nicht mehr an Oberschulen oder Gymnasien. Auch wenn dort Räumlichkeiten vorhanden sind, so mangelt es am Personal. Über den Städtetag wurden Wünsche an die Landesregierung herangetragen:

- Die Willkommensklassen auch für nicht-ukrainische geflüchtete Kinder zu öffnen. Hintergrund: Es ist einfacher, Personal für Willkommensklassen zu finden, als für andere Klassen.

Weitere Maßnahmen, die die Verwaltung evaluiert bzw. durchführt:

- Einrichtung eines Wellcome-Centers, in dem ca. zwei bis drei Monate lang eine Erstbeschulung stattfinden kann. Angedacht ist bereits eine Grundschule im Stadtnorden.
- Wöchentliche Treffen mit dem Regionalen Landesamt.
- Alternativen zur Bewältigung bzw. Verbesserung der Situation werden erarbeitet.

Die Schulleitungen der OBSen haben eine Stellungnahme bezüglich der Situation und Überbelastung verfasst und an die zuständigen Stellen geschickt.

Ratsfrau Kruse (Grüne) fragt, ob die Maßnahmen nach Wunsch der Verwaltung für alle geflüchteten Kinder greifen sollen.

Herr Welp antwortet, dass die Verwaltung genau dies wünsche. Die Erlasslage lässt momentan vieles nur für ukrainische Kinder zu.

Frau Sachse erläutert, dass das Land Niedersachsen für die nächsten Monate eine starke Zunahme an Geflüchteten erwartet, vor allem aus anderen Ländern als der Ukraine (Syrien, Afghanistan, Irak, Südamerika). Daher sei es wichtig, jetzt Vorbereitungen zu treffen.

Ratsfrau Hufeland merkt an, dass es gut sei, dass die Verwaltung pragmatische Lösungen sucht und auch, dass nicht nur die OBSen belastet würden. Sie fordert vom Land Konzepte mit Perspektiven.

Herr Welp erinnert daran, dass die Stadt neue Klassen nur mit Zustimmung des Kultusministeriums bzw. des Regionalen Landesamtes einrichten darf.

Ratsfrau Kruse fragt, ob die ukrainischen Kinder erneut bzw. weiterhin digital aus der Ukraine beschult werden oder ob dies momentan nicht stattfindet.

Herr Welp antwortet, dass in der Regel sowohl der digitale Unterricht aus der Ukraine als auch der Präsenzunterricht in Oldenburg stattfinden, laut Informationen von Anfang September. Ein aktueller Stand ist nicht bekannt.

Frau Sachse führt aus, dass das Amt eher pessimistisch auf die Situation schaut, denn eine große Anzahl an Lehrkräften geht in den nächsten Jahren in den (Vor-)Ruhestand, gerade auch an den OBSen. Das Amt würde gern die OBS stärken und überlegt, was im Kultusministerium diesbezüglich angestoßen werden könnte. Es gibt zwei neue Staatssekretäre, was gut sei, aber die Situation wird als schlimmer als 2015 prognostiziert.

Ratsherr Ellberg erläutert, dass eine Frau Lehrerin an einer OBS sei und das Kollegium auf dem Zahnfleisch gehe. Der Schulträger kann lediglich Räume zur Verfügung stellen, aber das Personal müsse vom Land gestellt werden. Es wird wieder vermehrt zu Abordnungen kommen, auch vom Personal an OBS, was die dortige Situation noch weiter verschlechtern wird.

Die Erfahrungen aus dem Schulalltag zeigen, dass die ukrainischen SuS gut in Englisch und Naturwissenschaften seien, die geflüchteten SuS aus anderen Ländern hingegen nicht. Daher ist es sehr schwer für die Lehrkräfte, bei solch heterogenen Lehrständen zu unterrichten. Im Koalitionsvertrag hat die Landesregierung eine Unterstützung für OBS bei der Entwicklung zu IGS zugesagt.

Frau Sache bemerkt zum Koalitionsvertrag, dass dort auch stehe, dass „Schulen nach sozialer Lage bewertet“ werden sollen. Dies wird in Oldenburg bereits bei GS so gemacht, die Verwaltung wünscht sich, dass dies bei allen Schulformen so gemacht werden wird. Momentan warte man ab, was das Kultusministerium auf den Weg bringt.

TOP 7 – Quartalsbericht zum 30.09.2022 – Bericht

Zur Kenntnis genommen.

TOP 8 – Haushalt 2022 – Verwaltungsentwurf – Teilhaushalt 12 – Schule und Bildung - Bericht

Zur Kenntnis genommen.

TOP 9 – Praxisbericht Schulwegsicherheit und Mobilitätsbildung an Grundschulen – mündlicher Bericht

Herr Welp erinnert daran, dass der Ausschuss um Praxisberichte aus den Schulen gebeten hatte. Die Schulleiterin der GS Staakenweg war ebenfalls eingeladen, aber nicht anwesend. Die Schulleiterin der GS Krusenbusch, Frau Miethke, berichtet als Gast und wurde

eingeladen, weil an dieser Schule über das Poller-Projekt nachgedacht wurde (Wiener Modell) und seit kurzem ein Schulexpress besteht.

Frau Miethke berichtet.

Im Mai/Juni 2021 bekundete die Schule großes Interesse am Poller-Projekt, denn es gab ein großes Problem mit Elterntaxen und ein sehr hohes Verkehrsaufkommen vor der Schule. Die Schule liegt mitten in einem Wohngebiet. Die Schule hatte schon viele Projekte durchgeführt, die Schulleiterin war oft vor dem Gebäude, um Eltern anzusprechen, die im Halteverbot oder auf dem Lehrerparkplatz hielten, um ihre Kinder aussteigen zu lassen. Viele waren uneinsichtig und es gab sogar Beschimpfungen.

Vertreter der Verwaltung (verschiedene Bereiche) führten Juni 2021 einen Ortstermin mit der Schulleitung durch. Rechtlich ist das Poller-Modell in Deutschland nicht möglich, daher wurde der Schule die Option der temporären Absperrung mittels Pylonen angeboten. Nach intensiver Diskussion innerhalb des Kollegiums wurde sich gegen die Option entschieden, da es einen hohen Aufwand bedeuten würde, täglich die Pylonen aufzustellen und wieder wegzustellen. Zudem würde die Straße dadurch noch enger werden.

Im November 2021 wurde mit der Vorbereitung des Schulexpresses begonnen. Es wurde eine Projektgruppe mit Eltern und Lehrkräften gegründet, die eine Umfrage durchführten. Die Ergebnisse wurden ausgewertet, ein Plan erstellt, auf dem der Wohnort jedes Kindes eingetragen sowie Gefahrenstellen eingezeichnet wurden, um zu entscheiden, wo Haltestellen eingerichtet werden sollten. Ein „Verkehrssicherheitstag“ wurde durchgeführt, Informationen zum Schulexpress großflächig in allen Klassen verbreitet. Im Juni 2022 wurde der Schulexpress eingeführt und er wird bisher – Stand November 2022 – sehr gut angenommen. Sehr viele Kinder kommen jetzt morgens zu Fuß. Mittags ist die Verkehrssituation weiterhin problematisch. Es ist notwendig, den Schulexpress nachhaltig zu begleiten, was einen hohen Einsatz erfordert. Neue erste Klassen müssen umfänglich informiert, abgeholt und motiviert werden, der Plan muss überarbeitet werden. Zur Steigerung der Akzeptanz wird vor allen Ferien ein „Zähltag“ durchgeführt, an dem pro Klasse ermittelt wird, wie viele Kinder zu Fuß bzw. mit dem Rad kommen – die Klasse mit dem höchsten Anteil erhält einen Wanderpokal.

Ratsherr Wenzel (Grüne) dankt für den Bericht und das Engagement. Er hält fest, dass es grundsätzlich große Probleme bei der Schulmobilität gibt. Seine eigene Analyse habe ebenfalls gezeigt, dass Eltern und Kinder mitgenommen werden müssen. Die Frage stellt sich, wie viele andere Grundschule so aktiv wie die GS Krusenbusch sind.

Frau Miethke antwortet, dass die vielen Ideen nicht an der GS Krusenbusch entwickelt wurden, sondern dass Verena Nölle (<http://schulexpress.de/kontakt/>) den Großteil der Ideen hatte und eine sehr umfassende Beratung und Unterstützung bot und weiterhin bietet.

Ratsherr Wenzel fragt, ob Frau Miethke einen Runden Tisch befürwortet, an dem *best practices* ausgetauscht werden können, um die Übertragung erfolgreicher Ideen an andere Schulen einfacher zu machen.

Ratsherr Ellberg wird dies für den Schulausschuss mit auf die Tagesordnung nehmen.

Frau Miethke stimmt zwar grundsätzlich zu, verweist aber auf den sehr kurzen Zeitraum seit Einführung des Schulexpresses an der GS Krusenbusch. Daher müsse man andere Schulen

ansprechen, bei denen es bereits seit mehreren Jahren einen Schulexpress gibt. Vielleicht ist Frau Nölle als Kontakt auch noch nicht an allen Schulen bekannt, so dass hier ein Informationsgewinn gegeben sein könnte.

Ratsherr Freymuth meint, dass man Frau Nölle gern einmal in den Schulausschuss einladen könne. Schulexpress-Initiativen gäbe es im ganzen Stadtgebiet verteilt. Diese werden gesponsort, über Sponsorentätigkeiten seien ihm diverse bekannt.

Frau Sachse bietet an, dass der Schulträger alle Schulen über die Möglichkeit des Schulexpresses informieren werde. Sie fragt Frau Miethke, wie viele Eltern nach wie vor die Kinder mit dem Auto bringen. Frau Miethke antwortet, dass es ca. 20 Eltern seien, die komplett gegen das zu-Fuß-gehen ihrer Kinder seien. Sehr viele Eltern haben den Schulexpress sehr unterstützt. Es gibt eine Haltestelle für Autos, so dass die Kinder von dort zu Fuß gehen können.

Ratsfrau Hufeland betont, dass es sich bei der GS Krusenbusch um eine sehr engagierte Schule handelt. Sie fragt den Ausschuss, wem man nicht bzw. schlecht beleuchtete Schulwege melden kann. Frau Sachse antwortet, dass dies dem Amt für Schule und Bildung gemeldet werden könne und von dort an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden würde.

Ratsfrau Pfeiffer fragt, ob die Eltern, die weiterhin mit dem Auto kommen, diejenigen seien, die weiter entfernt wohnen (Neubaugebiet Am Bahndamm), denn bei der Abstimmung zur Erweiterung des Schulbezirks vor ein paar Monaten hatte Frau Pfeiffer genau diesen Effekt befürchtet. Frau Miethke antwortet, dass die Elterntaxen nicht von diesen Eltern stammen.

Ratsherr Wenzel verweist auf die Initiative Berater für schulisches Mobilitätsmanagement: https://www.mobilitaetsforum.bund.de/DE/Themen/News-RADar/texte/Schulisches-Mobilitaetsmanagement_Absichtserklaerung-Niedersachsen.html

Frauke van Geuns vom Stadtelternrat teilt mit, dass in den USA die Schulsicherheit dadurch erhöht wird, dass vor Schulen nicht nur eine niedrige Geschwindigkeitsbegrenzung gilt (so wie sie in Oldenburg vor einigen Jahren eingeführt wurde), sondern dass es blinkende, gelbe Signallampen an den Schildern gibt. Bei Schulen an Hauptstrassen (z. B. Hauptstrasse in Eversten) sind die Zone 30 Schilder gerade für Ortsfremde im Schilderdschungel leicht zu übersehen. Zudem wären Busse in den USA mit einem ausklappbaren STOP-Schild ausgestattet und es sei verboten, stehende Busse zu überholen. Mehrere Ausschussmitglieder wiesen darauf hin, dass dies auch in Deutschland verboten sei, aber man immer wieder sähe, dass Autofahrer dies nicht beachten würden und Kinder vor und hinter Bussen hervorliefen, was zu sehr gefährlichen Situationen führe.

TOP 10 – Änderung des Rahmenkonzeptes „Schulverpflegung in Oldenburg“: Anteil Bio-Lebensmittel – Beschluss

Ratsfrau Hufeland führt das Thema ein und erläutert, dass sie in der AG Schulverpflegung mitarbeitet. Bei der Formulierung der Beschlussvorlage gibt es ein Verständnisproblem. Der Anteil von Bio-Lebensmitteln soll verbessert werden, dennoch liest sich der Beschluss so, als ob der Anteil bei Fleisch und Nudeln verringert werden solle. Daher schlägt sie eine

Änderung der Formulierung vor, die da lautet „100 % Bio-Lebensmittel laut Anlage Warengruppe“. Neu sei, dass ab 2024/2025 auch Äpfel, Eier und Kartoffeln Bioware sein sollen. Dieser Vorlauf soll regionalen Bauern die Umstellung auf Bioproduktion ermöglichen. Ratsherr Ellberg merkt an, dass die Verwaltung die geänderte Formulierung nicht beanstandet.

Ratsfrau Mohamed Ali dankt Frau Hufeland für die Klarstellung, denn auch sie sei von der Formulierung verwirrt gewesen. Allerdings verstehe sie nicht, warum bis 2024/25 gewartet werden soll. Es müsse doch möglich sein, bereits jetzt Bio-Anbieter zu finden.

Herr Freede antwortet, dass der Anteil der Biowaren gemäß Zeitplan des geltenden Ratsbeschlusses ausgeweitet wird. Es wird immer mit zwei Jahren Vorlauf angekündigt, damit die regionalen Landwirte Zeit für die Umsetzung haben, da es umzu nur einen relativ geringen Anteil an Bio-Landwirtschaften gibt.

Ratsfrau Averbeck fragt, ob Verträge zwischen Landwirten und der Stadt abgeschlossen werden. Herr Freede antwortet, dass dies nicht der Fall sei. Die Stadt schließt Verträge mit den diversen Mensabetreibern ab, in denen entsprechende Anforderungen stehen. Die Mensabetreiber sind dann frei in ihrer Wahl der Lieferanten und dies muss rechtlich auch so sein.

Ratsfrau Averbeck fragt, ob es eine Vorgabe zur regionalen Beschaffung gibt. Herr Freede antwortet, dass dies nicht möglich ist, weil es keine rechtlich geregelte Definition von „regional“ gibt. Sollte die Verwaltung eine entsprechende Definition finden, würde diese eingebracht werden.

Ratsfrau Pfeiffer fragt, wie die in der Vorlage erwähnte Vorgabe, „alle zwei Jahre zu überprüfen“ umgesetzt wird. Herr Freede antwortet, dass das Ergebnis der alle zwei Jahre stattfindenden Prüfung diese Vorlagen sind.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann stellt die Frage, wie man Bioqualität gegen Regionalität abwägt. Wenn es regional kein Bio-Ei gibt und es durch ganz Deutschland nach Oldenburg gebracht werden muss, schädige ich die Umwelt dann nicht mehr? Was ist besser für die Gesamtbilanz? Was ist sinnvoll? Herr Freede antwortet, dass es beim Thema Nachhaltigkeit durchaus Zielkonflikte geben kann. Der Vorteil von Bio ist, dass es sich gut prüfen, steuern und in rechtlich gültigen Ausschreibungen verwendet werden kann. Bei Regionalität ist das – Stand heute – nicht möglich.

Frau Sachse gibt zu bedenken, dass die AG sich viele Gedanken macht und im Schulausschuss nicht alles wiederholt werden sollte.

Frau van Geuns fragt, warum ein zweijähriger Vorlauf geplant ist, wenn normalerweise ein landwirtschaftlicher Betrieb sieben Jahre benötigt, um ein zertifizierter Bio-Betrieb zu werden.

Ratsfrau Hufeland erläutert, dass es dieses Problem auch beim Fleisch gibt – hier gibt es nur das Bio-Siegel.

Ratsherr Wenzel weist darauf hin, dass es in Niedersachsen sieben Modellregionen gibt, in denen die Landkreise darauf abzielen, Landwirte bei der Transformation zu Bio-Landwirtschaft zu unterstützen.

Ratsfrau Mohamed Ali sagt, dass sie die Arbeit der AG sehr schätze, aber da der Ausschuss die Vorlage beschließen soll, muss er den Inhalt auch diskutieren. Sie verstehe die lange Vorlaufzeit nicht. Gerade bei Eiern wäre es ihr wichtig, hier Bio-Eier zu verwenden. Es ginge nicht nur um die Gesundheit der Kinder, sondern auch um Tierwohl. Der Ausschuss sollte es nicht erlauben, dass hier noch zwei Jahre gewartet wird und ggf. Eier aus Bodenhaltung gekauft werden.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann sagt für die CDU-Fraktion, dass diese das Thema noch intern beraten möchte.

Der Vorsitzende Ratsherr Ellberg schlägt vor, das Thema damit als behandelt gelten zu lassen und weist die Fraktionen darauf hin, dass bis zum 28.11.2022 eine Entscheidung in den Fraktionen erreicht sein muss, da die Vorlage dann zur Abstimmung im entscheidenden Gremium auf der Tagesordnung steht.

Herr Freede weist darauf hin, dass die vorliegende Beschlussvorlage im Zeitplan des Standes des aktuellen Ratsbeschlusses ist und es hier nur um die Umsetzung geht.

Ratsherr Wenzel stimmt Ratsfrau Mohamed Ali zu und wünscht sich ebenfalls, die Umsetzung vorzuziehen. Er fragt, ob dazu der Ratsbeschluss geändert werden müsse, was Herr Freede bejaht.

Frau Sachse gibt zu bedenken, dass es sich um riesige Mengen an Mensa-Essen handelt und die Landwirte zwei Jahre Vorlauf für die Umstellung ihrer Produktionskapazitäten brauchen. Sie sei bei Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann, aber es ginge genau darum, hier den Weg zu mehr Regionalität zu beschreiten.

Ratsherr Freymuth schlägt ebenfalls vor, den Punkt als behandelt gelten zu lassen, da die Diskussion an dieser Stelle zu schwierig sei. 2024 ist bereits in 1 ½ Jahren. Zudem sei Bio nicht gleich Tierwohl. Er plädiere dafür, den Agrarunternehmen diese Zeit zu gewähren.

Frau Hufeland und Herr Freymuth regen an, dass sich die Mensabetreiber als „Einkaufsgemeinschaft“ aufstellen könnten, um bessere Einkaufspreise auszuhandeln.

Ratsfrau Hufeland weist darauf hin, dass bereits heute manche Mensabetreiber über die Anforderungen im Vertrag mit der Stadt hinausgehen. Beispielsweise verwendet der Mensabetreiber in Kreyenbrück bereits heute 100 % Biolebensmittel. Es sei aber nicht möglich, Regionalität vorzuschreiben.

Ratsfrau Aschebeck bittet darum, ihrer Fraktion sämtliche Protokolle der AG der letzten zwei Jahre zuzusenden. Herr Freede sagt dies zu.

Ratsfrau Mohamed Ali spricht sich auch dafür aus, den TO als behandelt gelten zu lassen. Sie fragt, wie die Entwicklung in den letzten zwei Jahre gewesen sei und ob es heute mehr regionale Bioware gäbe als 2020.

Herr Freede antwortet, dass das Amt dies nicht weiß. Daher sei es wichtig, bei der Vergabe an die Mensabetreiber dies mit auszuschreiben. Das Amt erfasst nicht, wie die Entwicklung ist, denn dies wäre sicher sehr schwierig.

Herr Welp gibt zu bedenken, dass die Vorlage mit allen AG-Mitgliedern erarbeitet und abgestimmt sei. Zudem sei die Stadt Oldenburg im Vergleich mit anderen Schulträgern sehr weit vorn.

Ratsfrau Pfeiffer fragt, wie viele Mensen es gibt. Herr Freede antwortet, dass alle weiterführenden Schulen und 16 GS eine Mensa haben.

Der TOP gilt als behandelt.

TOP 11 – Änderung der „Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Mensen an den Grundschulen“ – Beschluss

Ratsfrau Mohamed Ali stellt fest, dass die Fraktion der Linken den Entwurf versteht, diesem aber nicht zustimmen kann. Es gäbe zwar viele Familien, die nicht für die Mittagsverpflegung bezahlen müssen, aber es gibt dennoch viele Familien, die finanziell kämpfen. Sie fragt, welcher prozentuale Anteil der berechtigten Kinder tatsächlich die Mittagsverpflegung in Anspruch nehmen. Als Vergleich führt sie Bremen an, wo eine Mahlzeit in der Mensa

weniger als 2 € kostet. Das Ziel sollte es sein, die Mittagsverpflegung günstiger zu machen, nicht teurer. Die Stadt muss das höher subventionieren.

Ratsfrau Hufeland entgegnet, dass auch die Grünen sich wünschen, dass das Essen günstiger sein sollte, langfristig sollte man das versuchen. Aber es wurde in der Vergangenheit eine Inflations-Anpassung beschlossen und diese sollte heute im Ausschuss so beschlossen werden.

Bei der Abstimmung gibt es 1 Nein, 1 Enthaltung, Rest Ja.

TOP 12 - Änderung der „Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in der Schule an der Kleiststraße“ – Beschluss

Bei der Abstimmung gibt es 1 Nein, Rest Ja.

TOP 13 – Bauliche Umsetzung des Ganztagsangebotes der Grundschule Röwekamp – Bericht

Der Herr Vorsitzende Ellberg sagt, dass die SPD den Bericht wohlwollend zur Kenntnis nimmt in bereits in der Vergangenheit gesagt habe, dass dem Willen des Schulvorstandes gefolgt werden solle. Die Bedenken der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen. Die Intensität und Diskussionskultur seien sehr gut.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann sagt, dass sich die CDU-Fraktion dieser Aussage anschließt. Ratsherr Wenzel sagt für die Grünen, dass der Bericht und die Entscheidung begrüßt werden. Als spontane Idee schlägt er vor zu prüfen, ob die Gertrudenstraße zur Spielstraße geändert werden könne, um so die Sicherheit des Weges zwischen den beiden Standorten der GS zu verbessern.

Ratsherr Ellberg antwortet, dass man dies angucken müsse.

Ratsfrau Hufeland fragt, wie das alte Jugendherbergsgelände aussehe und ob man einen Ortstermin machen könne.

Herr Welp weist darauf hin, dass Herr Eickert vom EGH als Gast zu diesem Punkt anwesend sei und die Bitte mitnehmen werde.

TOP 14 – Erweiterung der Zügigkeiten der Grundschulen Hogenkamp und Wechloy – Bericht

Keine Fragen oder Anmerkungen.

TOP 15 – Schülerinnen- und Schüler-Statistik / Klassenstatistik der allgemeinbildenden Schulen: Schuljahr 2022/2023

Herr Welp weist darauf hin, dass es sehr erfreulich ist, dass ab diesem Jahr das Erfassungsmerkmal „Migrationshintergrund“ auf einer veränderten Basis erhoben wird. Man habe sich über mehrere Jahre Gedanken gemacht, wie man dieses Merkmal so erfassen könne, dass die für Schule relevanten Aspekte eine möglichst hohe Aussagekraft haben. Seit einem Jahr wird dies nun über das Merkmal „Familiensprache“ erfasst, was am besten die Herausforderungen der Schule abbildet.

Ratsfrau Mohamed Ali fragt, wie man die Deutschkenntnisse der SuS verbessern könne.

Herr Welp antwortet, dass dieses Ziel vor allem durch das Rahmenkonzept Kooperative Ganztagschule verfolgt wird. Im neuen Koalitionsvertrag wird zum ersten Mal überlegt, Grundschulen unterschiedlich auszustatten – konkret, Ganztagschulen besser auszustatten.

TOP 16 – Sitzungstermine 2023 – Schulausschuss – Bericht

Keine Fragen oder Anmerkungen.

TOP 17 – Anträge der Fraktionen, Gruppen und Ausschussmitglieder

17.1 – Abfrage des Bedarfes der Schülerinnen und Schüler der Grundschule Dietrichsfeld sowie der neu hinzukommenden Schülerinnen und Schüler für eine Betreuung bis 17.00 Uhr im Schuljahr 2023/2023 (Gruppe FDP/Volt vom 12.10.2022) – Bericht

Ratsfrau Pfeiffer fragt, ob zu jedem Schuljahr 18 die feste Grenze für eine erweiterte Betreuung ist. Was passiert, wenn in einem Schuljahr 17 SuS angemeldet werden?

Herr Freede antwortet, dass die Regel besagt, dass die Nachfrage dauerhaft unter 18 bleiben muss, um die erweiterte Betreuungszeit zu streichen. Wenn dies nur in einem Jahr so sei, so bleibt sie.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Fraktion FDP/Volt keine Anfrage gestellt habe, sondern einen Antrag, über den abgestimmt werden müsse.

Ratsfrau Pfeiffer erklärt daraufhin, dass das nicht die Intention gewesen sei und zieht den Antrag zurück.

Für den StER schlägt Frauke van Geuns vor prüfen zu lassen, ob man nicht an einigen Stellen über das Stadtgebiet verteilt Schwerpunkt-Grundschulen einrichten könne, in denen gebündelt Kinder angemeldet werden könnten, die dann verlässlich länger betreut würden. So hätte man den geringen Bedarf an allen GS auf ausreichend Bedarf an einigen wenigen GS konzentriert.

Als Beispiel dienen Kitas, die ja sehr unterschiedliche Betreuungszeiten haben. Eltern mit erweitertem Betreuungsbedarf suchen sich eine Kita mit passenden Zeiten, nicht zwingend dem Wohnort am nächsten gelegene.

Frau Sachse entgegnet, dass der Staat nicht alles regeln könne. Eltern müssten schulintern und privat erweiterte Betreuungszeiten organisieren.

Kitas dürften keine Schulkinder betreuen und Kinder könnten nicht für eine halbe Stunde Betreuung von einer Grundschule zu einer anderen gehen bzw. fahren.

Mehrere Ausschussmitglieder erwidern daraufhin, dass keiner der beiden Punkte so gemeint oder gesagt worden sei. Einige Ausschussmitglieder drücken ihre Zustimmung zum Vorschlag des SER aus.

Ratsfrau Pfeiffer sagt aus, dass nicht alle Mütter Lehrerinnen seien und es daher Bedarf an Randzeiten gebe.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass Frau van Geuns einen Antrag für den StER einbringen solle. Zudem stellt er fest, dass alle Fraktionen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen.

Herr Welp führt aus, dass diese Diskussion heute ein Scheindebatte sei, denn es gibt in der Stadt Oldenburg momentan Grundschulen mit einer Betreuung bis 17.00 Uhr. Man solle abwarten, bis die Landesregierung das Konzept für den Ganzttag veröffentlicht. Schulen können keine Betreuung bis 21.00 Uhr anbieten. Betreuung muss auch das Kindeswohl im Auge behalten.

Ratsfrau Hufeland sagt, dass dies eine wichtige und große Diskussion sei. Der Vorschlag des StER sei im Prinzip gut, aber man dürfe das Kindeswohl nicht vergessen. Die Diskussion müsse geführt werden.

17.2 Sanierung von Schulgebäuden (CDU-Fraktion vom 05.10.2022) – Bericht

Der Verwaltung wird für den Bericht gedankt. Ratsfrau Hufeland dankt dem EGH für die beeindruckende Arbeit.

TOP 18 – Anregungen und Fragen

Ratsfrau Mohamed Ali bittet die Verwaltung zu eruieren, ob der Anteil der anspruchsberechtigten SuS, die die Mittagsverpflegung in Anspruch nehmen, ermittelt werden kann. Herr Freede wird dies beim Amt für Teilhabe erfragen.